Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk, bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Briefte. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 19 — 1. Blatt — Donnerstag, 23. Januar — 1919

Gesamtergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung liegen uns bis zur Stunde aus 35 von den 37 Wahlkreisen, in die das ganze Reichsgebiet eingeteilt ist, vor. Wir haben darüber heute Vormittag folgende Drahtnachricht durch Ausgabe eines Sonderblattes verbreitet.

Berlin, 22. Januar. (Drahtnachricht). Nach den nichtamtlichen Meldungen können bis heute Nacht 1 Uhr als gewählt gelten: 403 Abgeordnete aus 35 Kreisen (zu wählen sind 433 Abgeordnete aus 37 Kreisen. Anm. der Schriftl.)

Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die 401 Abgeordneten, wie folgt:

Mehrheitssozialisten	160 Sitze
Christliche Volkspartei (Zentrum)	80 Sitze
Deutsche demokratische Partei	74 Sitze
Deutschnationale Volkspartei	33 Sitze
Unabhängige Sozialdemokraten	23 Sitze
Deutsche Volkspartei	22 Sitze

Es entfallen außerdem im Wahlkreise Schleswig Holstein (14. Wahlkr.) ein Abgeordneter auf die Bauern- und die Landarbeiterdemokraten, im Wahlkreis Hannover (16. Wahlkr.) ein Abgeordneter auf den braunschweigischen Landeswahlverein, außerdem je zwei Abgeordnete auf die bayerische Bauernpartei in Oberbayern (24. Wahlkr.) und Niederbayern (25. Wahlkr.), je 2 Abgeordnete.

Dieser Bericht über das Gesamtergebnis ist wie schon eingangs erwähnt, insofern unvollständig, als zwei Wahlkreise nicht darin enthalten sind. Welche Wahlkreise fehlen, ist zwar nicht gesagt, jedoch ist bekannt, daß die Franzosen in Elsaß-Lothringen (37. Wahlkreis) die Wahlen nicht zulassen wollten. Demnach wäre aus diesem Wahlkreise überhaupt kein Ergebnis zu erwarten. Ebenso erscheint es zweifelhaft, ob in der Provinz Posen (8. Wahlkreis) die Wahlen durchgeführt werden konnten. Zwar wurde in vielen Gemeinden der Provinz Posen gewählt, allein die „Ostdeutsche Rundschau" in Bromberg bezeichnet es als auffallend, daß aus der Stadt und dem Regierungsbezirk Posen kein Wahlergebnis vorliege. Der „Berl. Lok.-Anz." will sogar wissen, daß dort nicht gewählt worden sei. Die beiden genannten Wahlkreise hätten je 15 Abgeordnete zu wählen, sodaß also, wenn sie versagten, nur 403 von den 433 Sitzen in der Nationalversammlung besetzt würden.

Wie zu erwarten war, haben die soziald. Parteien einen starken Erfolg errungen, aber es doch nicht dahin gebracht, sich die alleinige Mehrheit in der Nationalversammlung zu sichern; denn von den 403 bisher besetzten Sitzen gehören ihnen 183, also noch nicht die Hälfte. Wenn die Wahl in Posen zustande gekommen ist, kann sich die Zahl der sozialdemokratischen Mandate noch um einige vermehren, jedoch nicht in dem Maße, daß die Sozialdemokratie die allein ausschlaggebende Partei sein wird. Die geplante Errichtung eines rein sozialistischen Klassenstaates wird somit auf den wirksamen Widerstand der übrigen Parteien stoßen. Unter diesen hat das Zentrum die größte Zahl der Sitze aufzuweisen (80), allein das bedeutet im Vergleich zu seiner Stärke im früheren Reichstage, wo es von 397 Sitzen deren 90 innehatte, keinen Machtzuwachs, sondern einen Verlust. Am meisten Ursache, mit dem Wahlergebnis zufrieden zu sein, hat unter den bürgerlichen Parteien zweifellos die Deutsche demokratische Partei mit ihren 74 Sitzen. Die Fortschrittliche Volkspartei, deren größter Teil sich im demokratischen Lager befindet, hatte im Reichstag 42 Vertreter. Der Zuwachs von 32 linksliberalen Sitzen ist zum Teil auf den Anschluß früherer Nationalliberaler zurückzuführen; jedoch erscheint es wahrscheinlich, daß die deutsche Demokratische Partei noch mehr auf Kosten der in der deutschnationalen Volkspartei vereinigten Konservativen an Boden gewonnen hat; denn ein nicht unbedeutender Teil der Nationalliberalen hat sich zu der mit 22 Sitzen vertretenen Deutschen Volkspartei geschlagen. Der Besitzstand der Nationalliberalen im Reichstag (43 Sitze) würde allein nicht ausreichen, um die Grundlage für den Zuwachs des entschiedenen Liberalismus einerseits u. für die neugebildete Deutsche Volkspartei zu bilden. Die Leidtragenden sind diesmal die Konservativen aller Schattierungen, die im Reichstage zusammen über rund 70 Sitze verfügten. Heute müssen sie sich mit weniger als der Hälfte ihrer früheren Stärke begnügen. Das ist bitter für sie, aber eine gerechte Verurteilung ihrer bisherigen Politik, durch die das Reich ins Unglück gestürzt worden ist. Hoffen wir, daß die Abrechnung, die ihrer in Preußen harrt, womöglich noch gründlicher sein wird. Darüber fällt am kommenden Sonntag die Entscheidung: gehet hin und wählet Deutsch-demokratisch!

Voraussichtliche Aufhebung der Blockade.

London, 21. Januar. (Drahtnachricht). Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht würde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo auch mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schiffahrt befanden, zusammengekommen sei. Wegen des nicht geordneten Zustandes in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgend eine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlichst abzuschließen. Aber die deutsche Delegation hätte beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sei, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fette und kondensierte Milch kaufen und einführen darf. Die Konferenz in Trier sei als erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Beginn des Krieges in Verhandlung traten, bemerkenswert gewesen.

Die Arbeitsdauer der Nationalversammlung.

Berlin, 22. Januar. (Drahtnachricht). Die Arbeitsdauer der Nationalversammlung wird auf etwa zwei Monate angenommen. Die preußische Nationalversammlung wird voraussichtlich erst dann zusammentreten, wenn die Nationalversammlung in Weimar ihre Arbeiten abgeschlossen hat.

Man nimmt an, sagt der „Berl. Lok.-Anz.", daß die Friedenskonferenz nicht vor dem Juni stattfinden wird. Es besteht die Absicht, die Landesversammlungen der einzelnen Bundesstaaten nicht gleichzeitig mit der Nationalversammlung tagen zu lassen. Unter diesen Umständen sei es doppelt unverständlich, daß man die Wahl zur Landesversammlung in größter Hast für den nächsten Sonntag angesetzt habe.

Cecil über den Völkerbund.

Newyork, 21. Januar. In einem Interview der „Associated Preß" in Paris erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und die Türkei dem Völkerbund beitreten könnten, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil sagte, wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hier müßten stabile zuverlässige Regierungen geschaffen werden.

Zur Lage um Bromberg.

Bromberg, 22. Januar. (Drahtnachricht). Südlich von Nakel wurden Steinburg-Brückenkopf und Potulitz von uns besetzt. Erkundungsabteilungen fanden Adelig Brühlsdorf und Eichdorf von den Polen frei.

Vom rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik.

Essen, 21. Januar. (Drahtnachricht). Die Zahl der arbeitenden Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks beträgt bei der heutigen Morgen- und Mittagsschicht etwa 20 000.

Das Wahlergebnis vom Wahlbezirk Potsdam.

Potsdam, 22. Januar. (Drahtnachricht). Es sind gewählt:

1 Deutschnationaler
1 deutscher Volksparteiler
2 Deutschdemokraten
5 Mehrheitssozialisten
1 Unabhängiger.

Monarchische Bewegung in Portugal.

London, 21. Januar. (Drahtnachricht). Reuter. Aus Madrid wird gemeldet: Die spanische Regierung erhielt Nachricht aus Portugal, wonach die monarchische Bewegung in Nord-Portugal den Sieg davon getragen hat. In Oporto wurde eine neue Regierung gebildet. Wie verlautet, wurde Don Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß Lissabon sich der Bewegung angeschlossen habe.

Die Wahl einer vorläufigen Reichsregierung.

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht). Wie verlautet, wird die erste Handlung der auf den 6. Februar nach Weimar einberufenen Nationalversammlung die Wahl einer vorläufigen Regierung sein. Hat diese ihr Amt angetreten, dann wird die Nationalversammlung in die Behandlung der Verfassungsurkunde eintreten, die voraussichtlich nicht von der Regierung eingebracht, sondern als ein Vorschlag des Reichsamts des Innern der Versammlung als Grundlage für ihre Beratungen zugehen wird.

Keine deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht). Gegenüber einer Meldung des polnischen Obersten Volksrats über deutsch-polnische Verhandlungen wegen der Kreise Lissa u. Rawitsch wird von unterrichteterSeite mitgeteilt, daß deutsche Verhandlungen nur von örtlichen Stellen geführt sein könnten, die dazu keinenAuftrag von der Regierung haben.

Berlin ohne Licht.

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht). Infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter erlosch heute abend um 8.30 Uhr auch im Wolfschen Telegr.-Büro das elektrische Licht, sodaß sämtliche Betriebe mit einem Schlage verdunkelt waren. Mit Hilfe rasch herbeigeholter Petroleumlampen und Kerzen wurden wenigstens notdürftig eine Beleuchtung ermöglicht. In einem gegenüber dem Büro liegenden Gasthause mit Gaslicht wurde eine fliegende Redaktion eingerichtet.

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht). Das Reichsamt des Innern beabsichtigte über die Wahlergebnisse am Vormittage des 22. 1. im Reichsanzeiger eine amtliche Zusammenstellung herausgegeben, ist aber infolge des Striks der Arbeiterschaft in den Berliner Elektrizitätswerken daran gehindert worden ,da die Diensträume ohne Licht sind. Wann die Zusammenstellung bekannt gegeben werden kann, kann z. Zt. nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Der Generalstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 21. Januar. (Drahtnachricht). Am Montag nachmittag 2 Uhr ist der Generalstreik in Braunschweig ausgebrochen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Telephon- und Postverbindungen sind teilweise gestört gewesen. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Es fanden am Dienstag verschiedene Demonstrationsumzüge statt. Der Bahnverkehr ist spärlich.

Aufhebung der Blockade Deutschlands?

„Göteborgs Morgenpost" gibt ein Telegramm an eine dortige Reederei von ihrem Stettiner Agenten wieder. Es teilt mit, die Blockade Deutschlands werde am 25. Januar aufgehoben werden.

Lebensmittel aus Amerika?

Nach der in Trier getroffenen Vereinbarung soll Deutschland aus Amerika zunächst etwa 200 Tausend Tonnen Brotgetreide und etwa 70 000 Tonnen Schweinefleisch erhalten; doch kann ein Teil der vorerwähnten Lebensmittel durch kondensierte Milch ersetzt werden. Ueber weitere Zuweisungen von Lebensmitteln entscheidet der Oberste Kriegsrat der Alliierten.

Erleichterter Verkehr mit Amerika.

Washington, 29. Januar. Das amerikanische Kriegshandelsamt macht bekannt, daß für die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Schweden bestimmte Ladungen von jetzt ab von Schiffen jeder Nationalität geführt werden dürfen.

Wilson und der Zionismus.

Wie das „Jüdische Pressebureau" in Stockholm meldet, hat Präsident Wilson den Zionistenführer Weizmann empfangen und ihm in längerer Unterredung versichert, daß er die Errichtung eines territorial vollständigen und ungefesselten jüdischen Palästinas unterstützen werde. Der Pariser „Times"-Korrespondent drahtete gleichzeitig, daß die zionistische Sache in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte gemacht habe.

Forderungen der italienischen Sozialisten.

Bern, 20. Januar. Orlando empfing eine Vertretung der sozialistischen Partei, die folgende fünf Forderungen vortrug:

1. Amnestie. 2. Demobilisierung, 3. Nichteinmischung der Verbündeten in die inneren Verhältisse Deutschlands und Rußlands, 4. Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit, 5. schleunige Wiedereröffnung der Kammer.

Orlando machte in Bezug auf die Amnestie eine Zusage und erklärte gleichzeitig, daß Italien schneller demobilisiere als die Verbündeten. Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit soll nur noch aufgrund der militärischen Notwendigkeit aufrecht erhalten werden dürfen. An eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Rußlands dächten weder Italien noch die Verbündeten. Die Kammer hoffe er in der ersten Hälfte des Februar einbrufen zu können.

Italiens Vertreter im internationalen Ausschuß des Bundes der Nationen.

Rom, 21. Januar. (Drahtnachricht). Die italienische Regierung ernannte den Senator Seialoya zum Vertreter Italiens für den internationalen Ausschuß des Bundes der Nationen, der in Paris während der Friedenskonferenz tagen wird und in welchem bourgeois Robert Cecil Frankreich und England vertreten wird.

Besprechungen über die Frage des Völkerbundes in Paris.

Paris, 21. Januar. (Drahtnachricht). Orlando traf Montag in Paris ein. Am Sonntag nachmittag hatte Präsident Wilson eine lange Unterredung mit Leon Bourgeois Robert Cecil und General Smuts über die Frage des Völkerbundes. Die Vorbesprechungen hinterließen den Eindruck einer Uebereinstimmung in den Gedanken der Führer der Vereinigten Staaten, Groß-Britanniens und Frankreichs.

Die Tschechen gegen den „inneren Feind."

Prag, 21. Januar. Wiener Korr.Büro. Wie „Narodna Politika" meldet, hat der frühere Reichstagsabgeordnete Lisy vom Präsidenten Masaryk und vom Landesverteidigungsminister Klofac die Bewilligung erwirkt, im Bezirk Eisenbrod eine freiwillige republikanische Schutztruppe zu bilden, die unter seiner Führung auf Weisung der Regierung bereit sein wird, die Waffen ggen jeden inneren Feind der Republik, insbesondere gegen die Bolschewisten zu ergreifen. Zwei Kompanien seien bereits aus Glasarbeitern, Webern, kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern gebildet worden, von denen eine Kompanie in die Slowaki abgesandt wurde und eine zweite unter Führung Lisys Tannwald besetzt hat.

Heimtransport unserer türkischen und Ukrainetruppen.

Auf verschiedene Anfragen hin wird von der deutschen Waffenstillstandskommission bekanntgegeben, daß nach einer Mitteilung des Marschalls Foch in Trier der Abtransport zur See der bis jetzt in Nikolajew gesammelten deutschen Soldaten (etwa 25 000 Mann) sowie der in Haidar Pascha befindlichen deutschen Truppen und Zivilgefangenen durch die Entente in Angriff genommen wird, sobald die letzte noch ausstehende Zustimmungserklärung einer der alliierten Mächte einläuft.

Die estische Offensive.

Helsingfors, 20. Januar. (Drahtnachricht). Die estischen Truppen, vereint mit den freiwilligen finnischen Bataillonen, haben Narwa erobert und dabei große Beute an Kriegsmaterial und zahlreiche Gefangene gemacht. Trotzki, der persönlich zum Widerstand aufreizte ist geflohen. Die estische Offensive gegen Walk hat begonnen.

Die Frage der Verantwortlichkeit Wilhelms II.

Reuter meldet aus Paris: „In einem offiziellen Communique wird eine Mitteilung über die Frage der persönlichen Verantwortung des Exkaisers von Deutschland gemacht. Diese Mitteilung enthält Schlußfolgerungen, zu welcher die beiden französischen Juristen Larnandes und Lapradelle, gekommen sind, nämlich, daß der Exkaiser sowohl straf- wie zivilrechtlich für den Krieg verantwortlich zu machen sei und zwar auch für die „Verbrechen“ die die unter seinem Befehl stehenden Truppen begangen hätten. Es heißt nach einer Auslassung darüber, man könne dem Exkaiser nicht zubilligen, daß er sich der Verantwortung für seine Taten entziehe. Weiter: „Was des Kaisers Verantwortlichkeit für die Taten der deutschen Armee und Flotte betrifft, so weisen die Juristen darauf hin, daß der Kaiser als Oberster Kriegsherr unbeschränkte Gewalt über Heer und Flotte hatte.“ Die Blätter zitieren einen Brief Kaiser Wilhelms, den er zu Beginn des Krieges an Kaiser Franz Josef sandte und worin er unter anderem sagt: „Meine Seele ist zerrissen, aber alles muß durch Feuer u. Schwert vernichtet werden. Männer und Frauen müssen umgebracht werden und kein Haus und kein Baum darf stehen bleiben. Auf diese schreckliche Weise wird der Krieg in zwei Monaten vorüber sein, während er, wenn ich menschliche Erwägungen gelten lasse, jahrelang dauern würde.“

Daß Kaiser Wilhelm sich in einem Briefe in der angegebenen Weise geäußert hätte, erscheint zum mindsten sehr zweifelhaft. Es wird sich wohl wieder um eine Fälschung des berüchtigten Reuterschen Bureaus handeln.

Noch keine Spur von Rosa Luxemburg.

Das Gerücht, nach welchem Rosa Luxemburg angeblich schwer verwundet im Moabiter Krankenhause liegen soll, entbehrt, wie die amtlichen Feststellungen ergeben haben, jeglicher Grundlage.

Für Freiheit und Recht.

Die Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Frankfurt, hat der Reichsregierung folgende Kundgebung übermittelt, die nach Vorträgen von Professor Schücking und Landrat Büchling mit stürmischer Zustimmung zum Beschluß erhoben wurde:

„Sechstausend im Schumann-Theater versammelte deutsche Männer und Frauen erheben flammenden Protest gegen die schmachvollen und erdrückenden Forderungen des Feindes in den Waffenstillstandsbedingungen sowie auch gegenüber den immer weitergreifenden Versuchen der Polen und Tschechen, sich deutschen Landes zu bemächtigen. Es muß aufs entschiedenste eine stärkere Haltung der Reichsregierung verlangt werden. Die Bildung eines Volksheeres, das die deutschen Ostgrenzen wirksam schützt, ist zu beschleunigen. Die in der Deutschen demokratischen Partei vereinigten Männer und Frauen, die schon in den Tagen vergangener Siege für einen Frieden der Verständigung eingetreten sind, fordern in diesen Tagen der Not für das deutsche Vaterland Freiheit und Recht — Deutschland den Deutschen. Dafür wird sich die Deutsche Demokratische Partei mit aller Kraft einsetzen.“

Die Deutsche demokratische Partei steht in ihrer Gesamtheit auf dem Boden dieser Entschließung.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 22. Januar.

— **Erhöhung der Fernsprech-Pauschgebühr.** Die Pauschgebühr für die Teilnehmeranschlüsse an die Orts-Fernsprechnetze in Gollub, Lessen (Westpr.) und Troop wird vom 1. April 1919 ab von 96 Mark auf 120 Mark, in Markushof (Westpr.) und Simonsdorf (Westpr.) von 120 M. auf 144 M., und in Dt.-Eylau von 144 M. auf 168 Mark jährlich erhöht.

— **Verband Ostdeutscher Industrieller (e. V.).** In der 162. Vorstandssitung, die unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Sieg-Danzig abgehalten wurde, berichtete der Syndikus Dr. John u. a. folgendes: Verschiedene Behörden des Verbandsgebietes sind ersucht worden, zu den Notstandsarbeiten, die sie in eigener Verwaltung auszuführen beabsichtigten, auch die privaten Unternehmer heranzuziehen, damit diese in der Lage sind, ihre aus dem Felde zurückgekehrten Angestellten und Arbeiter zu beschäftigen und ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Vielen Behörden ist über industrielle Fragen Aufschluß gegeben und zahlreichen Verbandsmitgliedern sind Auskünfte und Gutachten erteilt und sonstige Dienste geleistet worden. Der Verband Ostdeutscher Industrieller hat an die Vorstände der politischen bürgerlichen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Ansichten über die von der Sozialdemokratie geplante Verstaatlichung der Produktionsmittel darlegt. Die Ehrenämter des Vorstandes für das Jahr 1919 wurden wie bisher verteilt. Wie der Syndikus ausführte, ist das Geschäftsjahr 1918 für den Verband recht günstig verlaufen. Die Mitgliederzahl stieg von 475 auf 496. Die Einnahmen beliefen sich auf Mark 31 191,33, die Ausgaben auf 28 785,98 Mark, sodaß sich ein Ueberschuß von 2405,35 Mark ergab. Als Vertreter des Verbandes Ostdeutscher Industrieller bei einer vom Deutschen Industrierat in Berlin geplanten Kundgebung sämtlicher deutscher Wirtschaftsverbände wurde Geheimrat Schrey gewählt. In den Verband wurden folgende Firmen aufgenommen: Joh. Busenitz Nachfl., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kohlenhandlung, Danzig; Wurzener Industrie-Gesellschaft m. b. H., Werk Danzig, Danzig. Der Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1919 wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 31 000 Mark, festgesetzt. Es wurden nochmals die großen Schwierigkeiten erörtert, die der ostdeutschen Industrie wie der deutschen Industrie überhaupt zur Zeit erwachsen, so durch den Mangel an Rohstoffen und sonstigen Materialien, besonders an Kohlen, durch das Fehlen von Aufträgen, durch die drückenden gesetzlichen Vorschriften und Eingriffe in die Unternehmertätigkeit, vor allem aber durch die maßlosen Lohnforderungen und die erheblich verringerten Leistungen der Arbeiterschaft. Der Vorstand hielt es für dringend notwendig, die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die deutsche Industrie ohne Zweifel in absehbarer Zeit völlig zugrund gehen wird, wenn die Verhältnisse sich nicht anders gestalten, namentlich, wenn die Arbeitslöhne nicht herabgesetzt und die sonstigen Erzeugungskosten verringert werden. Es wurde beschlossen, die in dieser Beziehung erforderlichen Schritte zu tun.

— **Beschäftigung von Helferinnen im östlichen Etappengebiet.** Das Kriegsministerium weist nachdrücklich darauf hin, daß die Neueinstellung von weiblichen Arbeitskräften bei militärischen Dienststellen des östlichen Etappengebietes nicht erfolgt. Auch die Weiterbeschäftigung von bereits eingestellten Helferinnen ist nur für die bei militärischen Eisenbahndienststellen tätigen Frauen gestattet, die mit Rücksicht auf die Rückführung unseres Ostheeres unabkömmlich sind. Die Rückbeförderung aller übrigen Helferinnen ist vom Kriegsministerium zum 15. 12. 18 ausdrücklich befohlen worden, da die Gewähr eines gesicherten Aufenthaltes außerhalb Deutschlands und einer geordneten Rückkehr vom Kriegsministerium für Frauen und Mädchen nicht mehr übernommen werden kann. Frauen und Mädchen werden daher gewarnt, Stellungen in den ehemaligen Etappengebieten des Ostens (Ukraine, Polen, Litauen, Baltikum) anzunehmen.

— **Die Deutschen in der Türkei.** In diesen Tagen sind in Deutschland etwa 600 Deutsche aus der Türkei eingetroffen; darunter befinden sich die Beamten der Botschaft, des Generalkonsulats Konstantinopel sowie anderer Konsulate in der Türkei, ferner ein Teil der deutschen Kolonie in Konstantinopel sowie Deutsche aus dem Innern, insbesondere Angestellte und Arbeiter der Bagdadbahn-Bau-Gesellschaft. Der Transport fuhr am 20. Dezember von Konstantinopel ab und wurde zunächst nach Triest, dann nach Venedig geleitet. Die Weiterfahrt erfolgt mit der Bahn über Innsbruck. Die italienischen Behörden haben die Reisenden bereitwillig unterstützt. Ein weiterer Teil der Deutschen in der Türkei soll demnächst ebenfalls über das Mittelmeer abbefördert werden. In Konstantinopel und anderen türkischen Städten sind einem Teil der deutschen Kolonie Frauen und Kindern sowie Kranken Aufenthaltsscheine von der Entente-Kommission gegeben worden, die ihnen das Verbleiben in der Türkei bis auf weiteres gestatten. Die Betriebsbeamten der Anatolischen-, Bagdad- und Orientbahn, mit Ausnahme des deutschen Generaldirektors, sind als unentbehrlich für den Betrieb einstweilen auf ihrem Posten verblieben. Alle noch in der Türkei befindlichen Deutschen stehen unter dem Schutze der Schwedischen Gesandtschaft, die von der Deutschen Regierung mit Geldmitteln zu Unterstützungszwecken versehen worden ist. Die jetzt Angekommenen bringen uns auch Nachrichten über die zurückgebliebenen Truppen, die auf dem asiatischen Ufer interniert worden sind. Zwecks besserer Unterbringung wurden Teile der Truppen nach den nahen Prinzen-Inseln im Marmarameer verlegt, wo Steinhäuser zur Verfügung stehen. Jedem Besucher Konstantinopels sind die Prinzen-Inseln wegen ihrer Schönheit und ihres warmen Klimas bekannt. Die Internierung wird in loyaler Weise durchgeführt. Sie kennzeichnet sich durch Abgabe der Waffen, außer denen der Wachen, und durch Beschränkung in der Bewegungsfreiheit. Mit der Internierung trifft die Entente die Verpflichtung der Ernährung und sonstigen Fürsorge für die Truppen. Ueber den Zeitpunkt ihrer Heimbeförderung ist noch nichts bekannt. Es wird jedoch gemeldet, daß die Kranken mit dem Lazarettschiff „Jerusalem“ durch das Mittelmeer abbefördert werden sollen. Aus Nikolajew wird berichtet, daß seit dem 8. Dezember keine Truppentransporte in den ukrainischen Häfen eingetroffen sind. Der deutsche und englische Oberbefehlshaber in Nikolajew haben vereinbart, daß wegen der Schwierigkeit des Bahntransports von den Schwarzmeerhäfen durch die Ukraine keine Truppen mehr von Konstantinopel nach Nikolajew gebracht werden. Die deutschen Truppen der 6. türkischen Armee sind von Samsum mit dem Dampfer „Kerkyra“ nach Konstantinopel transportiert und dort mit den übrigen Truppen unter dem Befehl des Generals Liman von Sanders vereinigt worden.

— **Grenzschutz und höhere Schule.** Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erläßt folgende Bekanntmachung: Diejenigen Kriegsteilnehmer, die den Nachweis erbringen, daß sie dem Grenzschutz-Ost beigetreten und die in den Schuljahren 1914—1916, also einschließlich Ostern 1917, in die Unterprima regelrecht versetzt worden sind, erhalten das Zeugnis der Reife ohne Prüfung. Die Aushändigung des Zeugnisses erfolgt, nachdem sie dem Grenzschutz-Ost mindestens 3 Monate oder bis zu seiner Auflösung angehört haben, durch den Direktor der von ihnen zuletzt besuchten Anstalt. Schüler der Oberprima, die beabsichtigen als Freiwillige dem Grenzschutz-Ost beizutreten sind nach Vorlegung ihrer Annahmebescheinigung sofort zur Notreifeprüfung zuzulassen. Schüler der oberen Klassen, die sich im fortgeschrittenen Alter befinden und die gleiche Absicht haben, erhalten das Zeugnis der Versetzung in die nächsthöhere Klasse. Den Oberprimanern ist das Zeugnis der Reife, den übrigen Schülern ist das Versetzungszeugnis zu dem Zeitpunkte auszuhändigen, zu dem sie es regelrecht erlangt haben würden, vorausgesetzt, daß sie bis dahin dem Grenzschutz angehört haben. — Wie wir hören, ist der Sicherheitsdienst dem Grenzschutz gleichgeachtet.

— **Die Beschaffung der landwirtschaftlichen Maschinen.** Um die geforderten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte: 400 Dampfpflugsätze, 6500 Säemaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 6500 Einscharpflüge, 6500 Brabantpflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messereggen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Croskillwalzen, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Bindemäher in kürzester Zeit anschaffen zu können, werden hierdurch alle Fabriken und Handlungen, welche unter Berücksichtigung des dringendsten einheimischen Bedarfs verfügbare Bestände dieser Maschinen, neu oder gebraucht, in tadellosem Zustand besitzen, aufgefordert, sich telegraphisch bis zum 22. Januar zu melden mit Bindung an Preis und Lieferzeit: a) Zahl, Konstruktion, Fabrikat und Preis ab Fabrik bzw. ab Lager einschließlich des nötigen Zubehörs, lieferbar am 1. März 1919, b) Zahl und Preis ab Fabrik bzw. ab Lager der nach ihrer Ansicht für eine Gebrauchsdauer von 18 Monaten notwendigen und vorhandenen Ersatzteile pro Maschine, lieferbar am 1. März 1919, c) Möglichkeit weiterer Lieferungen ad a und b auf 1. April 1919, 1. Mai 1919, 1. Juni 1919. Die Telegramme sind zu richten an den Fachausschuß für die Maschinenindustrie, Charlottenburg 2, Schillerstr. 10, wohin auch die sofortigen schriftlichen Bestätigungen mit Katalogen und Abbildungen zu senden sind. Deutsche Waffenstillstandskommission. Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

— **Oeffentliche sozialdemokratische Volksversammlung.** Vor zahlreichen Hörern beiderlei Geschlechts sprach gestern im großen Saale des Viktoriaparks als Vertreter der Sozialdemokratie Herr Dr. Beyer-Neustadt. Ausgehend von dem im Wahlkampfe errungenen Erfolg der sozialdemokratischen Partei, rügte Redner die angeblich verleumderische Kampfesweise aller bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutsch-Demokraten, die er als maskierte Sozialdemokraten bezeichnete. Wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht des Mittels der verleumderischen Angriffe auf die Sozialdemokratie bedient hätten, würden sie wahrscheinlich überhaupt kein Mandat erhalten haben. Redner ging darauf auf das Vorrecht der Großgrundbesitzer und Adligen ein, die führenden Stellen im Staat in Erbpacht gehabt zu haben und setzte im Anschluß hieran in wenigen Strichen das Wesen der Einheitsschule auseinander, von der man erwartet, daß sie die bestehenden Klassenunterschiede am ehesten beseitigt. Die Internationale müsse kommen. Dann könne man das Heer abschaffen, wodurch 49 Prozent der Friedensausgaben gespart würden. Die im Jahr zu Jahr gesteigerten Rüstungen konnten vorgenommen werden, weil die Kosten hierfür nicht von den Reichen und Großgrundbesitzern, sondern vom Volke bezahlt wurden. Daß durch die indirekten Steuern, wie statistisch nachgewiesen ist, beispielsweise im Jahre 1908 jedem Arbeiter 442 Mark entzogen wurden, sei ein Unrecht, denn es sei ebenso festgestellt, daß der Großgrundbesitzer und Kapitalist in Deutschland so wenig an Steuern bezahle, wie in keinem anderen Staate der Welt. Redner wandte sich sodann gegen das frühere, langumkämpfte Dreiklassenwahlrecht. Im Jahre 1908 hätten die Konservativen 152 Sitze innegehabt gegen 7 Sitze der Sozialdemokratie, obwohl diese doppelt soviel Stimmen gehabt als jene. Danach habe ein einziger Konservativer genau so viel Einfluß gehabt wie 37 Sozialdemokraten. Die allgemeine Lage wurde vom Redner nur kurz gestreift. Danach wurde die Revolution nicht von der Sozialdemokratie herbeigeführt, sondern durch die Auswirkungen der verfehlten Politik der führenden Kreise. Die als Urheber geltenden Matrosen waren keine organisierten Sozialdemokraten. Der so oft von den bürgerlichen Parteien erhobene Vorwurf, die Regierung sorge nicht für Ruhe und Ordnung, sei ungerecht, denn wohl sei sie des drohenden Bolschewismus Herr geworden. Kein anderer sei imstande gewesen, den Bolschewismus zu bannen, als nur die Sozialdemokratie, deren Moral weit über den Kreisen der bürgerlichen Parteien stehe. Der preußische Staat sei der rückständigste der Welt gewesen, die Regierung habe sich nur auf ihre Bajonette stützen können, die Sozialdemokratie stütze sich nur auf die Stimmen ihrer Parteigenossen. Die Rede klang aus in die Aufforderung zur Wahl eines sozialistischen Kandidaten. Die Aussprache zeitigte nur persönliche Auseinandersetzungen. In gehässigster Weise erging sich der aus früheren Versammlungen her bekannte Konditor Bach ein bisheriges Paradepferd der Deutschnationalen, in Anschuldigungen gegen seinen früheren Brotherrn. Im übrigen war aus seinen Ausführungen zu entnehmen, daß er zwar am 19. Januar deutschnational gewählt habe, daß aber seine Liebe zu dieser Partei erschüttert sei. Aber auch bei der Sozialdemokratie, der er sich anzubiedern schien, fand er wenig Gegenliebe. Daß er auf die Deutsche demokratische Partei schimpfte, kann von dieser nur als ein Ehrenzeugnis angesehen werden. Herr Bach wird unter diesen Umständen wahrscheinlich sein deutschnationales Herz wiederfinden. Wir dürfen also erwarten, ihm auch künftighin als Vorkämpfer der Deutschnationalen zu begegnen.

— **Jugendabteilung des Vaterländischen Frauenvereins.** Herr Pfarrer Heuer hält am Donnerstag einen literarischen Vortrag. Alle Mitglieder werden gebeten, um 5 Uhr in der Gewerbeschule zu erscheinen.

— **Eingebrochen** wurde in der vorletzten Nacht in die im Erdgeschoß des Stadttheaters liegende Requisitenkammer, die von den Dieben ausgeplündert und in der gemeinsten Weise beschmutzt wurde. Die Einbrecher verschafften sich Eingang durch ein Fenster, das sie zuvor durchschnitten hatten. Der Schaden beträgt etwa 3000 Mark.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Donnerstag, den 23. Januar 1919: Wolkig, teils aufheiternd, fortdauernde Kälte.

Dirschau. Tödlicher Unfall. Der unlängst aus dem Felde zurückgekehrte Arbeiter und Pferdewart Budnowski, beim Gutsbesitzer Ziehm in Ließau wohnhaft und bedienstet, wollte dieser Tage die angekauften Kriegspferde im Stalle sondieren, wobei eines der Tiere ausschlug und den Arbeiter so heftig an der Brust verletzte, daß dessen Tod erfolgte.

Flatow. Mordtat eines Russen. Der Sohn des Vogtes Panknin in Neuhof bei Flatow wurde von einem Russen erschossen. Ein Russe, der es auf die Nichte des Vogtes abgesehen hatte, näherte sich dem jungen Mädchen, so daß es ins Haus lief, um sich vor Belästigungen zu schützen. Der Russe eilte ihm nach und fand in der Wohnung neben dem jungen Panknin auch dessen Freund. Aus Eifersucht schoß der Russe auf diesen Freund mit einem Revolver. Der Schuß traf den jungen Panknin, der sofort tot war. Bisher konnte der Mörder noch nicht dingfest gemacht werden.

Löbau. Vom Schleichhandel. Ein galizischer Großschieber namens Klarmann wurde in Löbau verhaftet, als er 12 500 Kg. Gerste und Grütze gerade nach Stettin verschieben wollte. Bei seiner Verhaftung machte er noch einen plumpen Bestechungsversuch, indem er dem Vorsitzenden des Soldatenrats 3000 M. für seine Freilassung bot.

Karthaus. Streik der Gemeindebeamten. Weil die Gemeindebeamten mit einem Ausstand drohten, wurde die sofortige Bewilligung von Teuerungszulagen nach den staatlichen Sätzen im Gesamtbetrage von 8200 Mark beschlossen. In der Gemeindeverwaltung standen jedenfalls am Mittwoch „alle Räder still“. Im Volksschulgebäude, wo zurzeit auch die hiesigen höheren Schulen untergebracht sind, mußte der Unterricht ausgesetzt werden, weil — nicht geheizt worden war. Donnerstag vormittag wurde der Dienst wieder aufgenommen. Die Herren 1. Schöffe Rechtsanwalt Weidmann, 2. Schöffe Rendant Biermann und Gemeindeverordneter (stellv. Schöffe) Buchdruckereibesitzer Ehlers haben ihre Aemter niedergelegt.

Danzig. Von der Bürgerwehr beschlagnahmt wurden wieder eine ganze Menge für den Schleichhandel bestimmte Lebensmittel, u. a. 8 Zentner Rindfleisch und etwa 100 Pfund Schweinefleisch, die aus dem Kreise Karthaus nach Danzig gebracht wurden, ferner 40 Pfund Kalbfleisch, 4 Pfund Butter, und in der Kleinen Gerbergasse 4 Säcke frischer Lachs und ein Karton mit geräuchertem Lachs. Bei einer Haussuchung in einer Wohnung auf dem Englischen Damm wurden mehrere Stücke Leder, einige Paar Langsohlen und mehrere Schäfte mit Beschlag belegt.

t. **Argenau.** Die Wahlhandlung verlief hier vollständig ruhig und ungestört. Es wurden 617 Stimmen abgegeben, welche Zahl fast die der deutschen Wähler erreicht. Es erhielten: Wahlvorschlag A (Demokratische Partei) 256, Wahlvorschlag B (Zentrum) 2, Wahlvorschlag C (Deutsche Volkspartei) 99, Wahlvorschlag D (Deutsch-nationale Partei) 216 und Wahlvorschlag E (Sozialdemokratische Partei) 30 Stimmen. 14 Stimmen mußten für ungiltig erklärt werden.

Wirsitz. Ein polnisches Majorat gewaltsam vernichtet. Die im hiesigen Kreise gelegene Majoratsherrschaft Niezwchowo des Kammerherrn Dr. v. Komierowski wurde völlig vernichtet, ausgeraubt und sodann niedergebrannt.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Von der Ortsgruppe Thorn des Reichsbundes der aktiven Unteroffiziere der deutschen Bezirkskommandos geht uns folgende Zuschrift zu:

Das Militärwochenblatt vom 11. 1. 1919 veröffentlicht auf Seite 1473/74 einen Artikel: „Bewegung gegen leitende Offiziere bei den Bezirkskommandos.“

Hierzu nimmt der Reichsbund der aktiven Unteroffiziere der Deutschen Bezirkskommandos wie folgt Stellung:

Durch den Reichsbund ist am 29. Dezember 1918 an die jetzige Reichsregierung und sämtliche Kriegsministerien ein Antrag um Umwandlung der Bezirkskommandos Deutschlands in Zivilbehörden unter Uebernahme des bisherigen Personals gestellt, wie es bereits im besetzten Gebiet und der neutralen Zone geschehen ist.

Zu dieser Forderung haben den Reichsbund folgende Gründe bewogen:

1. Den tief verankerten Militarismus im Verwaltungsbetrieb der Bezirkskommandos zu beseitigen.
2. Die Zukunft des Personals sicher zu stellen, um dadurch eine geordnete Erledigung der Demobilmachung und die ordnungsmäßige Erledigung der Versorgungs- u. Hinterbliebenen-Angelegenheiten zu gewährleisten, was nur bei Verbleib des bisherigen Personals geschehen kann.
3. Besseres Zusammenarbeiten mit dem Publikum und den Kriegsbeschädigten durch Wegfall des Vorgesetztenverhältnisses.
4. Beseitigung aller vorhandenen, unfähigen Personen, durch die nur eine Verzögerung des

Geschäftsganges und unsachgemäße Bearbeitung erfolgt.

Zu den Ausführungen im Militärwochenblatt wird noch besonders bemerkt:

Es ist durchaus nicht Absicht des Reichsbundes alle Offiziere aus ihren Stellungen zu verdrängen. Die Stellen der Vorstände usw. sollen in erster Linie Offizieren (Kriegsbeschädigte) vorbehalten bleiben. Es wird jedoch unbedingt für Pflicht gehalten, dafür einzutreten, daß nicht Offiziere in Stellen gesetzt werden, die nicht erforderlich sind. Oder soll das Bezirkskommando, wie bisher, Versorgungs- und Ruhestelle für zum Teil in anderen Stellen nicht mehr brauchbare Offiziere werden? Die Leitung der neu zu schaffenden Behörden soll in Händen hierzu unbedingt befähigter Personen liegen nach dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen.“ Die Arbeit und Verantwortung für die einzelnen Angelegenheiten der Bezirkskommandos liegt nach wie vor in den Händen langgedienter und erprobter Unteroffiziere, die ja auch bisher schon für alle Arbeiten verantwortlich gemacht worden sind.

Die Erfahrungen der letzten 8 Wochen haben gelehrt, daß der Dienstbetrieb bei den Bezirkskommandos im besetzten Gebiet, in der neutralen Zone und teilweise im übrigen Deutschen Reich auch ohne Offiziere bewerkstelligt werden kann.

Der Inhalt des Artikels im Militär-Wochenblatt zeigt zur Genüge, daß von gewissen Stellen ganz dem alten Fahrwasser vor der Revolution wieder zugesteuert wird.

Zum Eingesandt des Herrn Fischer!

Zu meiner großen Freude konnte ich am Sonntag wahrnehmen, daß auch in Thorn die Wahl zur Nationalversammlung ohne jegliche Störung vor sich ging. Nachdem dieses geschehen ist, kriegen sich die einzelnen Parteien schon wieder in den Haaren! Mir scheint es, als wenn die Deutsch-nationale Volkspartei gerade hier in Thorn mit aller Gewalt alles an sich reißen will und dazu übt sie ihre sog. Hetzpropaganda aus.

Meine Damen und Herren! Sehen Sie sich nur die gestrige Ausgabe der „Presse“ an, da finden Sie lauter „Eingesandts“, leider sind es nur 5 Artikel, die zum Teil heftige Angriffe gegen die demokratische Partei enthalten. Ja, wenn das immer so weiter gehen soll, dann wird den Abonnenten das Lesen der „Presse“ wirklich keine große Freude mehr sein. Das „Eingesandt“ des Herrn Fischer betrifft mich insofern, weil er behauptet, ich hätte erst nach der Rede des Herrn Weinhausen meine volle Ueberzeugung gewonnen, daß die demokratische Partei die einzige richtige wäre, die alle Interessen genau vertritt. Es liegt mir völlig fern, auf weitere Vorgänge einzugehen, möchte jedoch Herrn Fischer bitten, bei künftigen Erklärungen sich die Deutsch-nationale Volkspartei auch etwas genauer anzusehen. Denn sonst könnte man sagen: „Er ist im Wald und sieht den Wald voller Bäume nicht.“

Also mein lieber Herr Fischer, Hände weg — von uns! — Ein Jeder fegt vor seiner eigenen Tür. —

W. Decker.

Die „Presse“ vom 21. Januar veröffentlicht ein Eingesandt des Oberleutnants Sauvant (Ers.-Abt. Feldart.-Regt. 81), der sich in schmähendster Weise gegen die zur Deutschen demokratischen Partei stehenden Offiziere richtet. Er nennt diese Offiziere „unwürdig der Achselstücke“ „Leute ohne jede Anschauung, ohne inneren Halt“ und wirft ihnen Feigheit und Charakterlosigkeit vor.

Es liegt mir hier lediglich daran, diese aller Wahrheit und Anständigkeit ins Gesicht schlagende Tatsache festzustellen. Ich stehe davon ab, mich an dieser Stelle gegen jene vagen persönlichen Verleumdungen und Ehrabschneidereien zu wenden, da bereits der zuständige Weg zur Erlangung unserer Rechtfertigung beschritten ist.

Im Namen der Offiziersmitglieder der Deutschen demokratischen Partei

Scholz, Leutnant d. Res. Ers.-Batl. 61, Thorn.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 15. bis zum 21. Januar 1919.

Sterbefälle: Margarete Hoffleit geb. Schust 29 J. Totgeburt von Hoffleit. Gertrud Mikolayski 3 Mon. Heinz Schlicht 9 M. Eva Wiencinkowski geb. Salewski 54 J. Johann Pietraszynski 1 Jahr. Siegmund Kazanowski 11 Mon. Heinz Lonkowski 3 Wochen. Marie Wludarski 2 Mon. Stanislaw Jankowski 2 Mon. Gertrud Lewandowski 2 Mon. Karl Brasch, pensionierter Bahnwärter, 79 J.

Neueste Nachrichten.

Landesverräterisches Treiben großpolnischer Kreise in Schlesien.

Breslau, 21. Januar. (Drahtnachricht). In den letzten Tagen sind führende großpolnische Elemente in Oberschlesien dazu übergegangen, offen Landesverrat zu treiben. Wie heute mitgeteilt wird, hat sich am 13. 1. eine aus Beuthen und Umgebung stammende Deputation über Krakau und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die oberschlesischen Verhältnisse zu besprechen. Gleichzeitig mehren sich die Fälle, in denen im großpolnischen Fahrwasser segelnde Geistliche ihre Gemeindemitglieder zum Landesverrat aufzustacheln versuchen. Der Staatsanwalt hat bereits Verhaftungen vornehmen müssen. Ein in Beuthen ansässiger Rechtsanwalt hatte die Kühnheit gehabt, von dem Volksrat (Zentralrat für die Provinz Schlesien) die Freilassung der Verhafteten zu verlangen und diese Forderung damit zu begründen, daß er vom Obersten polnischen Volksrat beauftragt sei, über das Wohl der für die großpolnischen Ideen wirkenden deutschen Reichsangehörigen zu wachen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Lostrennungsbestrebungen Oberschlesiens vom Reiche versuchen, vor der Entscheidung durch den Friedenskongreß vollendete Tatsachen zu schaffen und vor Anschlägen auf die Sicherheit des Reiches nicht zurückzuschrecken. Der Volksrat in Breslau hat geeignete Schritte unternommen, um dem landesverräterischen Treiben ein Ziel zu setzen.

Freiwillige für den Grenzschutz!

Wer als Kanonier oder Fahrer bei der schweren Artillerie gedient hat, melde sich zu den bekannten Bedingungen bei der

Freiwilligen-Batterie „Meyer“,
II. Fußart.-Regt. 27

in Thorn.

Auskunft am Bahnhof.

Brotkartenausgabe.

Die nächste Brotkartenausgabe findet am **Freitag, den 24 und Sonnabend, den 25. Januar 1919**, von vormittags 8 bis nachmittags 4 Uhr statt.

Die Ausgabestellen sind an den Anschlagsäulen bekanntgegeben. Die für die Jakobsvorstadt befindet sich jetzt im Gasthof Drenikow, Leibitscherstraße 54.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, sich an einem der beiden Tage seine Marken von der für ihn in Frage kommenden Ausgabestelle abzuholen Bei der Abholung ist der letzte Brotkartenausweis zum Empfang der neuen Marken vorzulegen. Militärpersonen haben außerdem noch das **Soldbuch** vorzulegen.

Um allzu großen Andrang zu vermeiden, ersuchen wir die Haushaltungen mit den Brotkartenausweisen A nur Freitag, den 24. Januar und die mit den Brotkartenausweisen B nur Sonnabend, den 25. Januar 1919 die neuen Karten abzuholen.

Der Markeninhalt ist sofort bei der Empfangnahme nachzuzählen. Die Heftnadel darf dabei vor der Zählung nicht entfernt werden. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

In jedem Brotkartenausweis sind für jede eingetragene Person enthalten:

1 Lebensmittelkarte K zu 40 Nummern.
2 Brotkartenblätter zu je 5000 Gr. Brot oder 3000 Gr. Mehl.
1 Seifenkarte für die Monate Februar bis Juli 1919,
1 Zuckerkarte „ „ „ „ April 1919.

Für Erwachsene und Kinder über 6 Jahre:
1 Reichsfleischkarte über 40 Fleischmarken
für jedes Kind unter 6 Jahren:
1 Kinderfleischkarte über 20 Fleischmarken.

Die Wochenration des Fleisches beträgt 100 Gr. für Erwachsene, für Kinder die Hälfte.

Für Hühner (Hahn und Henne) sind die Fleischkartenabschnitte einer Woche, für einen jungen Hahn bis zu einem halben Jahr, die einer halben Woche in Anrechnung zu bringen.

Gelbe Reichsfleischkarten berechtigen zum Einkauf am Donnerstag, blaue Reichsfleischkarten am Freitag. Am Sonnabend und Sonntag können auf gelbe und blaue Marken Fleisch und Fleischwaren bezogen werden.

Der Aufruf der einzelnen Nummern der Lebensmittelkarte erfolgt wie bisher durch besondere Bekanntmachungen. Die Farben und die bisherigen Einkaufstage sind dieselben, sie werden nachstehend nochmals bekanntgegeben:

blau für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **A—E** Montag vorm. und Freitag nachm.
rot für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **T—Z** Dienstag vorm. und Sonnabend nachm.
gelb für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **K—L** Montag nachm. und Mittwoch vorm.
grün für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **M—Q** Mittwoch nachm. und Donnerstag vorm.
grau für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **R—S** Freitag vorm. und Dienstag nachm.
braun für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **F—J** Donnerstag nachm. und Sonnabend vorm.

Thorn, den 21. Januar 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Eierabgabe.

Mit dem 1. Februar 1919 beginnt ein neues Eierwirtschaftsjahr.

Die bisherige Art der Eiereinforderung im Stadtkreise Thorn hat zu vielfachen Einsprüchen geführt, weil bei der Festsetzung des Abgabesolls die Zahl der zu versorgenden Haushaltsangehörigen nicht berücksichtigt war.

Es wird deshalb für das neue Wirtschaftsjahr die Abgabepflicht festgesetzt für Hühner mit freiem Auslaufe auf 35 Stück (statt 30) und für Hühner ohne freien Auslauf auf 15 Stück (statt 10). Von der hiernach zu berechnenden Abgabemenge darf aber in Zukunft jeder Haushalt für jeden seiner Angehörigen 10 Eier in Abzug bringen.

Hiernach bleiben Haushaltungen, in denen die Zahl der Hühner ohne freien Auslauf nicht mehr als zwei Drittel der Zahl der Haushaltsangehörigen beträgt, von der Abgabe gänzlich frei. Bis die Zahl der Hühner das Doppelte der Zahl der Haushaltsangehörigen erreicht, bleibt die abzuliefernde Eierzahl hinter der des Vorjahres zurück. Sobald sie das Doppelte der Zahl der Haushaltsangehörigen übersteigt, wird die Abgabe gegen früher höher.

Wir erwarten, daß nach dieser Neuordnung Einsprüche nur noch im Falle von Krankheit erfolgen und im übrigen die verlangten Eier baldigst und restlos abgeliefert werden. Für jedes über das Soll hinaus gelieferte Ei wird ein Preiszuschlag von 10 Pfennig für das Stück gezahlt.

Thorn, den 20 Januar 1919.

Der Magistrat.

Für unsere Bewachungstruppen erbitten wir herzlich und dringend

Bücher und andern geeigneten Lesestoff.

Annahme: **Rotes Kreuz**, Baderstraße 18.

Frau **M. Model.**

Landwirte!

Laßt durch Vertrauensleute die

demokratischen Stimmzettel

beginnend mit dem Namen

Schmiljan

sofort abholen.

Geschäftsstelle Coppernikusstr. 14 II

Fernruf 186.

Männer-Gesang-Verein „Liederfreunde.“

Chormeister: Seminar- und Musiklehrer **Janz.**

Sangesfreudige heimgekehrte Krieger und stimmbegabte Herren finden herzliche Aufnahme in unserm Verein. Anmeldungen in den Singstunden: **jeden Freitag abends 8 Uhr im Vereinszimmer des Artushofes. Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Thorn.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr

im Schützenhaus, Schloßstraße, großer Saal.

Tagesordnung:

Vorbereitung und Einteilung zur Preußischen Landtagswahl am 26. Januar.

Parteigenossinnen und -Genossen! Der Erfolg am 19. Januar darf uns nicht genügen, erscheint zahlreich zu neuer Arbeit, zu neuem Erfolg.

Der Partei-Vorstand.

Der paritätisch städtische Arbeitnachweis

befindet sich vom 22. Januar 1919 ab im

Rathaus, Zimmer 28, 1 Treppe.

Desgl. die Kriegsinvaliden-Fürsorge. Fernsprech-Nummern 621—624.

Die Beerdigung meines Sohnes

Selmar Kalitzki

findet Freitag, den 24. d. Mts nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt.

J. Kalitzki.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sprechen wir allen unsern

innigsten Dank aus.

Thorn, den 20. Januar 1919.

Familie Richard Krüger.

Aus den von treuen Wachtmannschaften besetzten Forts und Unterständen wird

der dringende Wunsch nach gutem und unterhaltsamen Lesestoff laut.

Drum bittet das Rote Kreuz, Soldatenfürsorge herzlich und dringend um Hergabe von Lesestoff zur Verteilung und hofft, daß die Thorner Bürgerschaft diese Bitte gern erfüllen wird. Gute Bücher sind gute Freunde der Menschen, wir wollen sie als gute Geister in die ungemütlichen Behausungen senden. Das beste Buch ist gerade gut genug für unsere alten und jungen Wachmannschaften, und fröhliche und ernste Zeilen sollen ihnen über die finsteren Wintertage hinweghelfen. Auch **gut erhaltene Spiele** Schach, Domino, Halma, Salta, Wettrennen, Mensch ärgere dich nicht und vieles mehr werden gern entgegen genommen in dem

Geschäftszimmer des Roten Kreuzes Baderstr. 18.

In das Handelsregister ist bei der Firma **Gustav Ackermann** in Thorn eingetragen, daß jetzt Inhaberin des Geschäfts Witwe **Theodora Ackermann geb Fuhrmeister** in Thorn ist, und daß die Prokura des **Hans Ackermann** in Thorn weiter besteht.

Thorn, den 4. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister ist bei der Firma Zigarettenfabrik **Moskow Isidor Kalitzki** in Thorn eingetragen worden:

Die Handelsniederlassung ist nach „Bruchsal" (Baden) verlegt. Inhaber derselben ist der Fabrikant **Fritz Karlebach** zu Bruchsal. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Herrn **Karlebach** ausgeschlossen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister ist bei der Firma **Paul Tarrey** in Thorn eingetragen worden: Offene Handelsgesellschaft mit Beginn vom 1. Januar 1919.

Die Firma lautet jetzt: **Paul Tarrey** Inh. **Walter** und **Martin Hesse.** Gesellschafter sind die Kaufleute **Walter** und **Martin Hesse** in Thorn. Die Prokura des **Walter Hesse** für die bisherige Firma **Paul Tarrey** ist erloschen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Von jetzt ab findet die Zahlung der Familienunterstützung nur am 1., 2. und 3. und am 16., 17. und 18. von 9 bis 1 Uhr vormittags im Magistratssitzungssaal (Zimmer 16) statt.

Thorn, den 21. Januar 1919.

Soldatenrat. Familienunterstützungskommission.

Zwei anständige junge Leute,
die das Maler- und Anstreichergeschäft gründlich erlernen wollen, können eintreten bei
Otto Zakszewski, Malermeister, Schuhmacherstraße 12.

Feilenhauerlehrling

unter günstigen Bedingungen sucht **J. Hoffmann,** Feilenhauermeister. Bäckerstraße 27.

Erfahrener tüchtiger

Vorschnitter

mit 30—40 Leuten zum 1. März auf hiesige 2000 Morgen große Domäne mit Hackfruchtbau gesucht. Angebote an Domänen-Pächter **Hartmann, Gnevzow,** Kreis Demmin, Vorpommern.

Einen kräftigen

Arbeitsburschen

suchen

J. Mendel & Pommer.

---

10 Garderobenfrauen

sofort gesucht. **Meldungen 6—7 Uhr im Stadttheater.**

---

1 Mädchen

für **Alles** bei gutem Gehalt sucht

Artushof.

Geschäftskundige Dame

wünscht **Filiale zu übernehmen,** gleich welcher Art. Größere Kaution vorhanden. Offerten unter **U. K. 224** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Abonnenten in

Damenfrisieren und Maniküre

werden in und außer dem Hause angenommen. **Alfred Bohnke,** Friseur, Gerechtestraße 8/10.

Polnisch!

mit Erfolg erteilt gepr. Lehrerwitwe. Angeb. u. No. 220 a. d. Geschäftsst.

Zu verkaufen:

1 Gaskrone für Eßzimmer, 1 Gasampel u. 2 einf. Gaslampen
Bismarckstraße 3, 2 Treppen links.

Salon-Einrichtung

Speisezimmer und Bibliothek abzugeben. Angebote unter **E. F. 221** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mahagoniflügel

Fabrikat Hoflieferant Berndt, steht zum Verkauf

Spediteur Boettcher.

Ein- oder zweispänniges

Fuhrwerk

ev. für den ganzen Winter zu haben bei

Jos. Hagedorn
Roter Weg Tel. 318
Dortselbst jedes Quantum
Kleinholz.

Schmiedekohlen

offeriert ab Lager

Baumaterialien- und Kohlen-Handelsgesellschaft m. b. H.,

Thorn, Mellienstraße 8.

Gutes, vielsitziges

Auto

mit Gummibereifung, per Kassa zu kaufen gesucht.
Kaminski Culm a. W., Feldstr. 15.

Großer mannfester

Wachhund

zu kaufen gesucht. Angebote

Stadttheaterbüro.

Mittelgroßer scharfer

Hofhund

wird sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Preise an **Oscar Köhn,** Brombergerstr. 60.

Häcksel

gesunde, trockene Ware kauft für eigenen Bedarf

Spediteur Boettcher.

Fahrrad

mit guter Bereifung kauft

A. Irmer
Fernspr. 21.

Deutsche demokrat. Partei Kostbar und Umgegend.

Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 23. Januar 1919

nachmittags 6 Uhr im Gasthaus des Herrn **Pausegrau in Kostbar.**

Vortrag „Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Freie Aussprache.

Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Die Einberufer.

Conditorei u. Café **Nowak.** Breitestr. 23.

P. P.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß in den oberen Räumen meiner Konditorei

morgen, Donnerstag, von 8 Uhr ab

auf vielseitigen Wunsch

Opern-Abend

stattfindet.

Hochachtungsvoll

Frau M. Nowak.

Deutschnationaler Volksverein

(Stadt- und Landkreis Thorn.)

Wähler-Versammlungen

am Donnerstag, den 23 Januar, abends 8 Uhr
im Tivoli

für die Wahlbezirke der Bromberger- und Culmer-Vorstadt.
Redner: Herr Staatsanwalt Bennecke.

Am Freitag, den 24. d. Mts., abends 7½ Uhr
bei Küster Graudenzerstraße

für die Wahlbezirke von Mocker und Jakobs-Vorstadt.
Redner: Herr Mittelschullehrer Paul.

Am Freitag, den 24. Januar, abends 7½ Uhr
im Schützenhause für die Bezirke der Innenstadt.
Es spricht: Herr Staatsanwalt Bennecke.

Alle Mitglieder und Freunde der deutschnationalen Volkspartei sind herzlich eingeladen.

Die Einberufer.

Deutschnationale Volkspartei Podgorz.

Oeffentliche Versammlung

im „Kronprinzen"

am Freitag, den 23. Januar 1919, abends 7 Uhr.

Es sprechen:

1. Pfarrer Müller aus Schönsee über:
Die bisherigen Ergebnisse der Revolution.
2. Gewerbeschullehrerin Duwensee über:
Die Pflichten der deutschen Frau.

Alle Wahlberechtigten, Männer und Frauen, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Einberufer.

Gut verzinsliches

Einwohner-Grundstück,

Vorder- und Hintergebäude, großer Hof, Stallung, Einfahrt usw. sofort zu verkaufen.
Kaminski, Culm a. W., Feldstr. 15.

Per sofort zu mieten gesucht:

Kleine Wohnung oder **2—3 leere Zimmer** evtl. bis 1. April, wenn nicht längere Zeit. Angeb. unter **L. T. 322** an die Gesch. d. Z.

Sozialdemokraten auf dem Lande!

versorgt Euch mit

Stimmzetteln der sozialdemokratischen Partei zur Wahl der preußischen Landesversammlung

am 26. Januar 1919.

Der **sozialdemokratische Stimmzettel** beginnt mit dem Namen

Richard Wende

Gewerkschaftssekretär, Bromberg.

Stimmzettel sind in der **Geschäftsstelle Thorn,** Neust. Markt 21, Gouverneursgebäude, 1 Treppe, zu haben.

Der Parteivorstand.

Die Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei

für die

Wahl zur preußischen Landesversammlung

beginnen mit den Namen

Weissermel-Reinhard.

Sie können von unseren Vertrauensmännern für Stadt und Land in erforderlicher Anzahl von unserer Geschäftsstelle, Elisabethstr. 5, Fernspr. 576, abgeholt werden.

Deutschnationaler Volksverein
Stadt- und Landkreis Thorn.

Reichskrone.

Katharinenstraße Nr. 7. — Saal im Hof. — Katharinenstraße Nr. 7.

Täglich ab 6 Uhr abends

Tanzkränzchen.

Ziegelei-Park.

Donnerstag, den 23. Januar 1919:

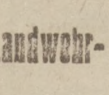
Großes Streich-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Feldartillerie-Regts. 81
unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grüneberg.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt **30 Pf.**

Hochachtungsvoll

Gustav Behrend.





Landwehr-Verein

Sonnabend, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr:

Hauptversammlung

im **Tivolisaal.**

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Kassenbericht.
2. Vorstandswahl.
3. Begrüßungsfeier für die in die Heimat zurückgekehrten Kriegsteilnehmer.

Eine rege Beteiligung der Kameraden ist erwünscht. Gäste sind willkommen.

Vorstandssitzung

um 7½ Uhr.

Der Vorstand.

Die Übungsstunden

haben wieder begonnen und finden statt: Kursus unter 100 Silben jeden Montag und Mittwoch, Kursus über 100 Silben jeden Montag und Freitag 7–8 Uhr abends im Uebungslokale Mädchen-Mittelschule Gerechtestraße.

An den Uebungen können auch Nichtmitglieder teilnehmen.

Der Vorstand des Stenographen-Vereins Stolze-Schrey.

Ein leeres Zimmer

von alleinstehender Dame zum 1. 2. gesucht. Offerten unt. **Z. 219** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Stadt-Theater

Donnerstag 23. Jan. 19, 7½ Uhr: Zum 4. Male!

„Fürstenliebe".

Freitag, 24. Januar, 7½ Uhr! Literarischer Abend! Zum 2. Male!

„Der Strom."

Sonnabend, 25. Januar, nachm. 3 Uhr: Erm. Preise! Märchenvorstellung.

„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr! Ermäßigte Preise! Zum letzten Male!

„Mein Leopold".

Sonntag, 26. Januar, nachm. 3 Uhr!

„Die Fahrt in's Glück."

Jugendabteilung des Vaterländ. Frauenvereins.

Literarischer Vortrag

des Herrn Pfarrer **Heuer** am **Donnerstag, den 23. Januar,** 5 Uhr, in der Gewerbeschule.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Lehrerausschuß Thorn.

Sitzung

Freitag, 24. Januar ½5 Uhr in der Knaben-Mittelschule

Der Obmann.

Ich bitte den am **Sonnabend im Tivoli**

vertauschten Herrenschirm

mit einer gelben Krücke abzugeben
Mellienstraße 70, II links.

Thorner Zeitung

Nr. 19. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Donnerstag, 23. Januar 1919**

England und Liebknecht.

Einst und jetzt.

Die englische Zeitschrift „Army und Navy Gazette“ schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel: „Die Garde, die als kaiserlich-deutsche Garde bekannt war, ist in ihre Garnison Berlin zurückgekehrt. Auf der einen Seite ist sie durch Ebert, „als dem stärksten Träger der deutschen Zukunft und die besondere Hoffnung der Freiheit“ willkommen geheißen, auf der anderen Seite von Karl Liebknecht mit der ungewöhnlichen Forderung, daß sie ihrer eigenen Entwaffnung sofort zustimmen solle. Liebknechts Zeitungen, die „Rote Fahne“ und die „Freiheit“ stellen sich auf den Standpunkt, daß der Einmarsch der Garde gegen die Sicherheit der Revolution gerichtet sei, wie sie es zu nennen belieben, aber besser sagt man, gegen den Bolschewismus. In der ersten Zeit des Krieges wurde Liebknecht ins Gefängnis geworfen und wurde so für die Entente zum Gegenstand der Sympathie, während die deutschen Mehrheitssozialisten mit Recht als Feinde angesehen wurde. Aber das steht fest: Mit dem Mann, der während eines großen Krieges sein eigenes Land — gleichgültig ob es mit Recht oder mit Unrecht war, bekämpfte und mit dem Feinde zusammenhielt, mußte etwas nicht ganz richtig sein. Liebknecht war zweifellos ein anderer Lenin, eine Art Napoleon des 20. Jahrhunderts der sich des Sozialismus in gleicher Weise bediente, wie Napoleon es mit dem republikanischen Gedanken getan hat. Zu seinem persönlichen Vorteil; nur arbeitete er auf beträchtlicherem Gebiet, auf dem Gebiet eines ausschließlich selbstsüchtigen Sozialismus, dem Rohesten, Dümmsten und Gesetzlosesten, das der menschliche Verstand sich ausdenken kann. Den republikanischen Gedanken, voll von starkem Patriotismus, Gesetzlichkeit und Freiheit, aus dem heraus Napoleon ein Kaisertum mit einer glorreichen Geschichte schuf, verwarf Lenin ebenso wie ihn Liebknecht immer verworfen hat.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 22. Januar 1919.

— **Einzelreisende Kriegsgefangene.** Trotz der bestehenden Bestimmungen wird immer noch auf den Bahnhöfen und auf der Eisenbahn eine große Anzahl Kriegsgefangener angetroffen, die als Einzelreisende ohne gültige Ausweise und ohne Bewachung den Weg nach ihrer Heimat angetreten haben. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wird das Kriegsministerium die Einzelausreisen genehmigen. Den betreffenden Kriegsgefangenen wird alsdann neben den übrigen Entlassungspapieren eine von der Lagerkommandantur beglaubigte Abschrift der Entlassungsverfügung des Kriegsministeriums mitgegeben werden. Demgemäß sind vom Ministerium der Oeffentlichen Arbeiten alle untergeordneten Dienststellen angewiesen worden, an Kriegsgefangene keine Fahrkarte zu verabfolgen und sie in dem Falle, wo sie durch dritte Personen in dem Besitz einer Fahrkarte gelangt sind, von der Fahrt auszuschließen, und der nächsten Sicherheitsbehörde zuzuführen.

— **Fürsorge für Beamte bei Betriebsunfällen.** Die preußische Regierung hat beschlossen, das Gesetz über die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen vom 2. Januar 1902 (Gesetzsammlung 153) auf alle unmittelbare Staatsbeamte und ihre Hinterbliebenen in Anwendung zu bringen, soweit es sich um Körperverletzungen und Todesfälle handelt, die durch Ausübung des Dienstes während der gegenwärtigen Unruhen veranlaßt worden sind. Welche Unruhen unter dieses Gesetz fallen, soll nach Ort und Zeit die preußische Regierung bestimmen.

Wartenburg. Vom D-Zug überfahren wurde am Sonntag abend der Rentier und Stadtverordnete Michael Friedrich von hier. Er war von einem Begräbnis eines Verwandten von Königsberg heimgekehrt. Um den Heimweg vom Bahnhof abzukürzen, ging er den Schienenstrang entlang. Im Begriff, einem entgegenkommenden Güterzug auszuweichen, wurde er vom daherbrausenden Schnellzug erfaßt und sofort getötet. Der Körper ist noch zirka 1600 Meter mitgeschleift worden. Das mitgeführte Geld von über 1000 Mark wurde an verschiedenen Stellen des Bahnkörpers aufgefunden. — Ueberfahren und getötet wurde am Montag nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof der Hilfsschaffner Latteck aus Allenstein beim Rangieren.

Tuchel. Sozialdemokratischer Wahlterror. Eine hier einberufene Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei ist dem „Ges.“ zufolge durch eine Anzahl sozialdemokratischer Soldaten gesprengt worden. Schon der Redner, Rektor Falkenberg, der die Ziele der Partei darlegte, wurde wiederholt durch Zwischenrufe und lautes Schreien der Sozialdemokraten unterbrochen. Als der erste Diskussionsredner, Mitglied des hiesigen Soldatenrats Hoeft, in seinen Ausführungen die Offiziere angriff, rief eine Dame, deren Ehemann als Hauptmann den Krieg lange Zeit in vorderster Front mitgemacht hat: „Haben denn die Soldaten an der Front ohne die Offiziere gefochten?“ Nunmehr drangen die Soldaten, so berichtet die „D. Ztg.“, unter wüstesten, nicht wiederzugebenden Beleidigungen auf diese Dame ein, warfen nach ihr mit Stühlen und verfolgten sie auf die Bühne. Nur mit Mühe gelang es, sie in Sicherheit zu bringen. Zwei Vorstandsmitgliedern wurden draußen auf der Straße drei Pakete Flugblätter, deren Verteilung nach den obigen Vorfällen gar nicht mehr beabsichtigt war, mit Gewalt unter Zuziehung von bereitgehaltenen Bewaffneten entrissen und verbrannt.

Schönfließ. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich hier. Mehrere Jungen schossen mit Leuchtpistolen. Ein Quartaner kam neugierig dazu und wurde ins Auge getroffen. Er wurde schleunigst in eine Klinik nach Königsberg gebracht, starb aber bald nach der Operation, da das Gehirn schwer verletzt war.

Lyck. Eigenmächtige Eingriffe des Soldatenrats. Hier hat der Soldatenrat den Bürgermeister Lasch seines Amtes entsetzt und ohne Ermächtigung der zuständigen Behörden den Assessor Goldschmidt mit der Wahrnehmung der Bürgermeisterstelle beauftragt.

Königsberg. Batocki als Freiwilliger. Wie am Donnerstag abend bei einer Wählerversammlung der Deutschnationalen Partei der zweite Redner, der Hauptschriftleiter der „Ostpreußischen Zeitung“, Eduard Kenkel, im Auftrage des Oberpräsidenten mitteilte, hat sich Herr v. Batocki als Freiwilliger zum Grenzschutzkorps gemeldet.

Königsberg i. Pr. Oberpäsident v. Batocki erläßt einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreußische Volkswehr, in dessen Schluß es heißt: „Weil die Zeit aber weniger ermahnende Worte als Beispiel gebende Taten fordert, werde ich selbst anfangs Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Amtsarbeit vorläufig wohl fertig sein werde, und wo es an der Grenze wohl ernst werden wird, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswehr eintreten, und zwar, da es mir an der zur Truppenführung vor dem Feinde nötigen Grunderfahrung ehlt, als einfacher Soldat“

Gemäß § 28 der Wahlordnung vom 30. November 1918 — R. Ges. Bl. S 1353 — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß im 2. Wahlbezirk für die

Wahlen zur preußischen Landesversammlung

folgende

Wahlvorschläge

von uns zugelassen sind:

I. Wahlvorschlag Schröder.

Die nachstehend mit eigener Unterschrift verzeichneten Wähler stellen hiermit für den Bezirk Westpreußen zu den am 26. Januar 1919 stattfindenden Wahlen zur preußischen Landesversammlung folgende Personen als Kandidaten auf:

1. Redakteur Gustav Schroeder-Danzig.
2. Tischler Albert Krüger-Elbing Georgendamm 21.
3. Gefreiter, Schriftsteller Wilhelm Rahn-Danzig.
4. Parteiangestellter A Grunwald-Elbing
5. Schlosser Karl Lieb Danzig.
6. Lehrer Ewald Brokowski-Danzig.
7. Frau Johanna Stamm-Elbing, Kastanienallee 98.
8. Parteisekretär Johannes Rau-Danzig
9. Buchdrucker Georg Pieper-Marienburg
10. Frau Käthe Leu-Danzig
11. Arbeiter Josef Wilki-Elbing, Leichnamstraße 63.
12. Maler Ernst Roggenbuck-Danzig Langfuhr.
13. Maler Oskar Müller-Elbing, Neuß Marienburgerdamm 25.
14. Flieger M. Raube-Thorn.
15. Tischler Johann K[illegible]inski Graudenz, Oberbergstraße 65.
16. Zimmerer Fritz Beckmann-Flatow Wpr.
17. Besitzer Wilhelm Kädtler-Schadwalde, Kreis Marienburg.

II. Wahlvorschlag Schmiljan.

Die unterzeichneten wahlberechtigten Personen reichen hierdurch für die Provinz Westpreußen zur Wahl für die preußische Landesversammlung den folgenden Wahlvorschlag ein:

1. Stadtsekretär Alfred Schmiljan-Danzig, Kaninchenberg 12 a
2. Besitzer Berthold Moritz-Wilhelmsau, Kr. Culm.
3. Stadtrat Max Winkler-Graudenz.
4. Techniker Georg Reventz-Elbing, Hindenburgstraße 1 b.
5. Justizrat Max Aronsohn-Thorn.
6. Lokomotivführer Georg Heinrich-Konitz.
7. Frau Ella Carstean, Mittelschullehrerin, Elbing.
8. Kaufmann Bruno Boschke-Danzig.
9. Bürgermeister Adolf Eggert Riesenburg Wpr.
10. Taubstummenlehrer Johann Bartmann-Schlochau Wpr.
11. Steuermann Gustav Gelcke-Dirschau Wpr.
12. Rektor Franz Krefft-Dirschau Wpr.
13. Klempnermeister Benno Kleinert-Elbing Wpr.
14. Heimarbeiterin Frau Franziska Hinz-Danzig.
15. Unteroffizier, Schullehrer Hans Ewert-Marienwerder.
16. Kassierer Karl Brose (Beigeordneter), Vorschußverein Stuhm Wpr.
17. Schlosser August Arndt-Danzig.

Die erste und zweite Unterschrift gelten als bevollmächtigt.

III. Wahlvorschlag Wende.

Bezugnehmend auf § 11 des Wahlgesetzes zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung reichen die unterzeichneten, im Wahlkreis Westpreußen zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen folgende Wahlvorschläge für die preußische Landesversammlung ein:

1. Wende, Richard, Stadtrat Bromberg
2. Brill, Arthur, Soldatenrat, Graudenz.
3. Sellin, Eugen, Krankenkassenangestellter, Danzig.
4. Beyer, Alfred, Dr. med., Anstaltsarzt, Neustadt.
5. Peter, Otto, Oekonom, Elbing.
6. Wohlgemuth, Tony, Frau, Danzig.
7. Urszynski, Franz Gewerkschaftssekretär, Danzig.
8. Krahn, Johann, Metallarbeiter, Danzig.
9. Krüger, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär, Neufahrwasser.
10. Jankowski, Marta, Lageristin, Graudenz.
11. Neumann Paul, Zimmerer, Thorn-Mocker.
12. Walz, Gustav, Gemeindevertreter, Ohra.
13. Bloedhorn, Christoph, Kreissekretär und Rechnungsrat, Marienburg.
14. Grünhagen, Friedrich, Arbeitersekretär, Danzig.
15. Weiland Alwin, Maurer, Dt. Eylau.
16. Zurawschewski Gustav, Seemann, Brösen.
17. Schulz, Julius, Kaufmann, Dt Krone

IV. Wahlvorschlag Behrendt.

Die Unterzeichneten überreichen hiermit eine Wahlvorschlagsliste für die Wahl zur preußischen Landesversammlung.

1. Behrendt, Joseph, Mittelschullehrer, Danzig
2. Sawatzki, Anton, Pfarrer, Danzig.
3. Szyszke, Alfred, Kaufmann, Konitz Wpr.
4. Lieb, Johann, Arbeiter, Neuteich Wpr.
5. Papenfuß, Frau Anna, Konitz Wpr
6. Lauchert Max, Töpfermeister, Schlochau.
7. Fuchs Carl, Weingroßhändler, Danzig.
8. Steinke, Anton, Ackerbürger, Deutsch Krone.
9. Hirschberg Jakob, Studienrat, Thorn
10. Kontwak, Herrmann, Landarbeiter, Kramsk Kreis Schlochau.
11. Jost, Oskar, Arbeiter, Elbing.
12. Kunert, Franz, Eisenbahnvorarbeiter, Danzig.
13. Kanigowski, Eugen, Dekan, Stuhm.
14. Klein, Franz, Maschinenbauer, Danzig Langfuhr.
15. v Zelewski, Hedwig, Lehrerin, Neustadt Wpr.
16. Heppner, Rudolf, Apothekenbesitzer, Tuchel.
17. Arndt, Johannes, Postsekretär a. D, Dirschau.

V. Wahlvorschlag Weissermel.

Die Unterzeichneten machen für die Wahl zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung im Wahlbezirk Westpreußen folgenden Wahlvorschlag:

1. Vorsitzender der deutschen Kleinsiedelungsgenossenschaft Konitz, Spezialkommissar Geh Regierungsrat Franz Weißermel, Konitz
2. Generalsuperintendent D Wilhelm Reinhard, Danzig-Johannistal.
3. Vorsitzender der Handwerkskammer des Regierungs-Bezirks Marienwerder, Schlossermeister Emil Hache in Graudenz
4. Rektor Paul Matschkewitz, Danzig Schüsseldamm 10.
5. Gewerbelehrerin Helene Dumonsee, Thorn.
6. Generalmajor Detlof von Winterfeld Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa
7. Oberpostassistent, Postsekretär Max Hensel, Marienburg Westpr. Hornstraße 22.
8. Bäckermeister Gustav Karow, Danzig.
9. Rechtsanwalt, Justizrat Karl Menzel, Dirschau.
10. Landarbeiter Karl Ostrominski, Koerberode Post Sawdin Kreis Graudenz.
11. Frau Anni Kalähne, Oliva.
12. Feldwebel Gustav Schumann, Grenadier Rgt. 5, Danzig.
13. Seminarlehrer Dr. Friedrich Wilhelm Quentin, Löbau
14. Hofbesitzer Eduard Penner I, Neukirch, Kreis Marienburg.
15. Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte Frau Anna Kretschmann, Graudenz Börgenstraße 8.
16. Werftbuchhalter Herrmann Busch, Danzig Bastion Ochs 7.
17. Leitender Geschäftsführer der Deutschen Bauernbank für Westpreußen, Oberregierungsrat Karl Kette in Zoppot.

Nur für die in den Wahlvorschlägen aufgeführten Personen können gültige Stimmzettel abgegeben werden. Es genügt, wenn auch nur ein Name der in einem Wahlvorschlage genannten Personen auf dem Stimmzettel vermerkt ist, es können aber auch sämtliche Namen genannt werden. Es ist aber unzulässig und macht den Stimmzettel ungültig, wenn Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen oder ausschließlich nur andere als die in den vorstehenden Wahlvorschlägen aufgeführten Personen auf ihm enthalten sind.

Der Stimmzettel für einen Wahlvorschlag wird für sämtliche in ihm genannten Personen wirksam. Verwahrungen oder Vorbehalte gegenüber allen Gewählten sind nicht zulässig. Sie machen den Stimmzettel unwirksam.

Die Wahlvorschläge **I Schröder** und **III Wende** sind auf Grund des § 12 des Wahlgesetzes und der Erklärungen der Vertrauensmänner als **verbundene Wahlvorschläge** zugelassen.

Auf die bezüglich der verbundenen Listen nachstehend gegebene rechtliche Bedeutung wird ausdrücklich hingewiesen.

Auf das eigentliche Wahlverfahren sind verbundene Listen ohne Einfluß. Erst bei der Ermittelung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuß treten sie in Wirksamkeit.

Hier gelten die verbundenen Wahlvorschläge den nicht verbundenen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Daher wird zunächst nur die Zahl der Abgeordneten ermittelt, die je auf die nicht verbundenen Wahlvorschläge und den aus verbundenen Wahlvorschlägen bestehenden Wahlvorschlag entfällt.

Ist diese Zahl festgestellt, so erfolgt eine gleiche Ermittelung bezüglich der Wahlvorschläge, die mit einander verbunden waren. Ist die Zahl der Abgeordneten für die einzelnen Wahlvorschläge endgültig festgestellt, so werden den in Betracht kommenden Wahlvorschlägen die Namen der in ihnen aufgeführten Personen nach der Reihenfolge, in der sie in den Wahlvorschlägen enthalten sind, entnommen, auf die 17 ermittelten Höchstzahlen verteilt und als gewählte Abgeordnete verkündet.

Danzig, den 20. Januar 1919.

Der Wahlausschuß des 2. Wahlbezirks für die preußische Landesversammlung.

von Liebermann. Foegen. Sellin. Berenz. Klawitter.

Bekanntgegeben:

Thorn, den 20 Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

zur Vergebung der Lieferung von Granit- oder Basaltschotter und Kies für die Herstellung von nachstehenden Neuschüttungen.

Los 1.

Für die Neuschüttung der Culmer Chaussee von der Janitzen- bis zur Roßgartenstraße.

Los 2.

Für die Viehmarktstraße von der König- bis zur Schlachthausstraße.

Los 3.

Für die Schlachthausstraße von der Leibitscherstraße bis zum Schlachthause.

Los 4

Für die Gerechtstraße von der Grützmühlen- bis zur Lindenstraße, haben wir einen Termin auf

Sonnabend, 1. Februar 1919,

vormittags 10 Uhr,

festgesetzt. Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden von Montag, den 20 d. Mts. ab im Stadtbauamt eingesehen, oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von 1,00 M. für jedes Los von dort bezogen werden.

Die Angebote sind als solche äußerlich kenntlich zu machen und an den Magistrat, zu Händen des Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus, Zimmer Nr. 19, mit den durch Unterschrift anerkannten allgemeinen Bedingungen einzureichen.

Thorn, den 14 Januar 1919.

Der Magistrat

Landfrauen Bauern Landarbeiter!

Es geht um Euer Recht!

Die Würfel sind gefallen. 70 Prozent aller Stimmen der deutsch-demokratischen Partei sind von unsern Berufsgenossen abgegeben.
Wie das Volk denkt, zeigt die Wahl.

Die alte mächtige konservative Partei, jetzt „Deutschnationale Volkspartei" genannt, ist gerichtet.

Trotz ihrer großen Hilfe aller behördlichen Stellen,
trotz ihrer vielen teuren Reklame
trotz ihrer Hetzereien.

Nicht Geld, sondern die Ueberzeugung gibt den Ausschlag.

Darum noch einmal: „Auf zur Wahl für die Preuß Versammlung!"

Landfrauen Bauern Landarbeiter

Wählt geschlossen den

Kandidaten der deutsch-demokratischen Partei

beginnend mit dem Namen

Schmiljan

An 2. Stelle unserer Kandidatenliste steht das Mitglied des Deutschen Bauernbundes

Hofbesitzer Moritz, Wilhelmsau.

An alle Gemeinde- und Gutsbezirke richten wir die herzliche Bitte, je einen **Vertrauensmann zum Abholen der Stimmzettel** nach unserm **Partei-Büro Thorn, Coppernikusstr. 14 II**, zu schicken und die **Stimmzettel vor der Wahl und nochmals am Wahltage vor dem Wahllokal zu verteilen.**

Hackbarth, Berg, Pernak, Franz Liedtke, Frau Kühne-Gramtschen. Bröse-Dt. Rogau. Fenske, Becker-Rudak. Loehrke, Krüger-Podgorz.

Deutsche demokratische Partei.

Mittwoch, den 22. Januar 1919, abends 7½ Uhr
(im großen Saal des Schützenhauses)

öffentl. Versammlung

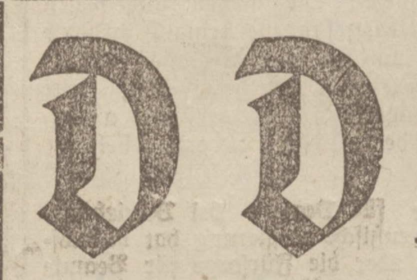
Vortrag:

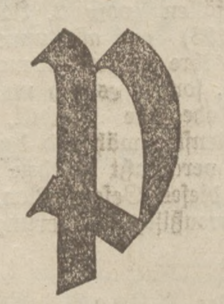
Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Referent: Herr Bürgermeister **Winkler**, Graudenz. Freie Aussprache.

Es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Der geschäftsführende Ausschuß.





Deutsche demokratische Partei.
Geschäftsstelle: Coppernikusstr. 14 II
Fernruf 186.

Wer
gegen die Trennung von **Kirche** und **Staat** ist,
der **Beamten** Recht stützen, ihr Gehalt angemessen erhöhen will,
gegen eine sozialdemokratische Herrschaft ist,
den **Bauer** auf eigner freier Scholle will,
der
wähle deutsch-demokratisch!

Unser Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Schmiljan

Christliche Volksgenossen!

Wollt Ihr eintreten für
Euer Christentum, für Wahrheit, Freiheit u. Recht?
Dann wählt die

Liste der Zentumspartei.

Der **richtige Stimmzettel** beginnt **jetzt** mit dem Namen:

Behrendt, Joseph, Mittelschullehrer Danzig.

Handelsschule zu Thorn
Abteilung B der Gewerbeschule.

Das neue Schuljahr 1919/20 beginnt
am 2. April d. Js.
Anmeldungen für die Klassen A (höhere Handelsschule) und B (Schülerinnen) und für Klasse C (Schüler) müssen möglichst bald erfolgen.
Lehrpläne und Anmeldescheine können jederzeit kostenlos von der Anstalt bezogen werden.

Der Direktor der Gewerbeschule.
Busse.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,
Neustädtischer Markt 11
Sprechstunden 9—1 u. 3—6 Uhr
Sonntags 9—12 Uhr.

Lohnschnitt
für ein Vollgatter übernimmt
Georg Wichel,
Dampfsägewerk u. Holzbearbeitungsfabrik.
Thorn-Mocker, Fernsprecher 661

Kaufmann mit hoher Anzahlung
sucht ein bess Restaurant
evtl. mit **Kolonialwarengeschäft** und **Ausspannung** zu kaufen.
Offerten unter **P. 212** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nähmaschinen
gegen Teilzahlung verkauft
Krückmann Thorn, Schloßstr. 14, II.

Schlachtkaninchen
kauft
Hermann Rapp.